

# E&W *Erziehung und Wissenschaft*

HERAUSGEBER: GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

K 1527 E, Nr. 10

22. OKTOBER 2008

GEW fordert deutliche Anhebung der Entgelte und der Besoldung

## Die Tarif- und Besoldungsrunde 2009 beginnt jetzt

Zum 1. Januar 2009 haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die Entgelttabellen für die Beschäftigten der Länder gekündigt. Ziel der Tarif- und Besoldungsrunde ist, eine kräftige Erhöhung der Einkommen zu erzielen. Die GEW-Bundestarifkommission hat dies am 9. September beschlossen und fordert zu einer breiten Mitgliederdiskussion innerhalb der GEW auf. Das materielle Tarifergebnis ist auf die Beamtinnen und Beamten zeit- und inhaltsgleich zu übertragen.

Vor dem Hintergrund seit Jahren stagnierender und zum Teil sinkender Realeinkommen ist den Gewerkschaften die Schwerpunktsetzung auf eine deutliche Einkommenserhöhung nicht schwer gefallen. Die Ausgangslage vor Beginn der Tarif- und Besoldungsrunde ist geprägt von folgenden Faktoren:

- seit Jahren stagnierende und zum Teil rückläufige Einkommen
- Inflationsraten von mehr als 3%
- besondere Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Streichung Pendlerpauschale und Absetzbarkeit des Arbeitszimmer, Energiekosten, Sozialabgabenerhöhungen)

Den Gewerkschaften ist bewusst, dass die Forderung nach einer „kräftigen“ linearen Anhebung der Gehälter nie in die wirtschaftliche und politische Landschaft passt, zumal vor dem Hintergrund der aktuellen Krise der Finanzmärkte. Hierbei ist aber auch zu berücksichtigen, dass eine dauerhafte Verschlechterung der Konjunktur nicht prognostiziert wird und andererseits die Bundesregierung und die Länder mit Bürgschaften im Umfang von vielen Milliarden Euro die Folgen der Finanzkrise aufzufangen bereit sind.

Dies zeigt, dass die Staatshaushalte eben nicht defizitär sind und eine Erhöhung der Einkommen verkraften können. Auch sollten die Einkommen der Privathaushalte steigen, um die Konjunktur zu stützen. Es geht in diesem Zusammenhang eben um die Frage der politischen Schwerpunktsetzung.

Schwerer als die Aufstellung der berechtigten Forderung wird ihre Durchsetzung werden. Sie wird nur gelingen, wenn die Forderungen der Gewerkschaften in der Mitgliedschaft und in der Bevölkerung auf Akzeptanz stoßen. In der Mitgliedschaft muss daher eine intensive



Foto: Joachim Tiemer

*Mit einer schnellen Einigung in der Tarifrunde 2009 ist wohl nicht zu rechnen. So sind Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen nicht auszuschließen.*

Diskussion über Art und Höhe der Einkommenserhöhung und ihre Durchsetzung geführt werden.

Aus diesem Grunde informiert die GEW intensiv über die Tarif- und Besoldungsrunde. Im Rahmen der Kampagne „Bildung ist Mehrwert“ werden alle Mitglieder persönlich informiert und um Unterstützung gebeten. Diese Unterstützung darf sich aber nicht nur auf die konkreten Forderungen reduzieren, sondern muss in die Werbung neuer Mitglieder münden. Denn nur mitgliederstarke Gewerkschaften sind kampffähig und durchsetzungsfähig. Die kleinen Berufsgewerkschaften der Piloten, Ärzte und Lokführer haben dies eindrucksvoll bestätigt. Eine Lehre aus dieser aus gewerkschaftspolitischer Sicht falschen Entwicklung hin zu auf einzelne Berufe bzw. Berufsgruppen ausgerichteten Interessenverbänden ist, dass auch die im Bildungsbereich Tätigen stärker ihre spezifischen Interessen artikulieren und durchsetzen müssen.

Der GEW kommt in der Tarif- und Besoldungsrunde eine enorme Bedeutung zu, denn von den ca. 1,9 Millionen Beschäftigten der Länder (1,2 Mio. beamtete und 700.000 Tarifbeschäftigte) arbeiten allein 900.000 im Schul-

bereich, davon stehen 600.000 im Beamtenverhältnis und 300.000 sind angestellt.

Im Organisationsbereich der GEW arbeiten also fast 50% aller Länderbeschäftigten. Schon aufgrund dieser großen Zahl und der Tatsache, dass die Tarif- und Besoldungsrunde 2009 ohne die arbeitskämpferprobten Beschäftigten der Kommunen geführt werden muss, haben die Beschäftigten des Bildungsbereichs und die GEW eine große Verantwortung für Erfolg oder Misserfolg der Tarif- und Besoldungsauseinandersetzung.

Jedes einzelne Mitglied der GEW sollte in den nächsten Wochen und Monaten aktiv und zielstrebig noch nicht organisierte Kolleginnen und Kollegen an seinem Arbeitsplatz von der Notwendigkeit einer GEW-Mitgliedschaft überzeugen.

Für die Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen wollen die Gewerkschaften aber nicht nur die Übertragung des Tarifergebnisses erreichen, sondern sie haben die Landesregierung auch aufgefordert, den Beamtinnen und Beamten für das Jahr 2008 eine Sonderzahlung zu gewähren, dies sich am Tarifbereich orientieren sollte.

Seit 2004 war nur noch im Jahr 2007 kurz vor der Landtagswahl eine einmalige Zahlung

in Höhe von 860 Euro ausgeschüttet worden. Wer hier von einem taktischen Manöver der Regierung ausging, lag mit seiner Einschätzung richtig, denn für das Jahr 2008 gibt es bisher keinen Beschluss der Landesregierung.

Als weitere Verbesserung hat der DGB eine Erhöhung der Wegstreckenentschädigung auf 0,40 Euro pro Kilometer von der Landesregierung eingefordert.

### Mitgliederwerbung ist das Gebot der Stunde

Wenn eine Erhöhung der Einkommen erreicht werden soll, so muss in jedem Kollegium, bei jeder Veranstaltung, in jeder Personal-

versammlung das Thema Tarif- und Besoldungsrunde diskutiert werden. Vor allem müssen alle Beschäftigten, ob beamtete oder angestellte Lehrkraft oder die anderen in Schule Tätigen gleichermaßen in die Auseinandersetzung einbezogen werden.

Der Zeitplan sieht vor, dass die 1. Verhandlungsrunde am 19. Januar 2009 stattfinden soll. Die dritte und vorerst letzte dann schon am 26. Februar.

Bei Nichteinigung wird sich eine Schlichtung anschließen, nach der, wenn auch dort kein Tarifabschluss erzielt werden sollte, Urabstimmung und Streik stattfinden könnten.

Nach heutigem Stand ist nicht mit einer schnellen Einigung zu rechnen, auch wenn Niedersachsen Finanzminister Hartmut Möllring davon ausgeht, dass Einigkeit bestehe. Die spannende Frage ist nur, was seitens der Arbeitgeber als einigungsfähig angesehen wird und was die Gewerkschaften hierunter verstehen.

Die Forderung der IG Metall von 8% und der Tarifabschluss bei Bund und Kommunen 2008, der eine vergleichbare Höhe hatte, müssen hier die Zielmarken für die Länderbeschäftigten sein und zwar für Angestellte und Beamte!

RÜDIGER HEITEFAUT

## Die Schulstatistik und ihre Interpretation durch die Ministerin

# Stufenplan für kleine Klassen und mehr Personal muss her

Im Herbst wird regelmäßig die Schulstatistik für das neue Schuljahr erhoben und die umfassende Statistik für das abgelaufene Schuljahr veröffentlicht. Wie alle ihre Vorgänger versucht auch Frau Heister-Neumann die Deutungshoheit über die Zahlen zu erlangen und den Unmut über die Zustände in den Schulen zu besänftigen.

Die Ministerin stellte zwei Botschaften in den Vordergrund:

- „Weniger Schüler, dafür aber mehr Lehrer“. Trotz der „demografisch bedingten Rückgänge bei den Schülerzahlen belassen wir alle Lehrerstellen im System.“
- „Die Schülerzahlen bei den Fünftklässlern belegen nachdrücklich die bevorzugte Auswahl des gegliederten Schulsystems durch die Eltern. Eine übergroße Mehrheit der Eltern hat sich für das gegliederte Schulsystem und gegen die Gesamtschule entschieden. Das belegt auch die von der Stadt Hannover vor wenigen Tagen vorstellte Elternbefragung.“

Diese Botschaften widersprechen den alltäglichen Erfahrungen in den Schulen und der öffentlichen Wahrnehmung der Schulrealität. Es ist zwar zutreffend, dass die Schülerzahlen geringfügig zurückgehen. Ein Demografiegewinn kommt aber in den Schulen nicht an. Dies soll zunächst anhand der realen Klassengrößen untersucht werden, die in der Schulstatistik 2007/08 ausgewiesen werden.

An Gymnasien gab es seit Jahren nicht so viele große Klassen wie jetzt. Jede zweite Klasse – also 50 Prozent – hat mehr als 28 Schülerinnen und Schüler! (Vergleichswerte: 2002: 29,5%; 1995: 14,8%; 1992: 12%) Im Schuljahr 2007/08 hatten 27% der Klassen mehr als 31 SchülerInnen. Auch an Realschulen, Integrativen und Kooperativen Gesamtschulen stieg die Anzahl der großen Klassen mit mehr als 28 SchülerInnen. (Realschule: 2007: 20%; 2002: 12,5%; 1995: 7,3%; 1992: 5%)

80 Prozent der Klassen an Gymnasien, 75 Prozent der Klassen an IGSen und 50 Prozent an Realschulen und KGSen haben mehr als 25 Schülerinnen und Schüler. Auch in der Sekundarstufe II sind die Kursgrößen angestiegen.

Mehr als die Hälfte der Grundschulklassen hat über 20 Kinder. Bei der Hauptschule sind es mehr als 40 Prozent. Was nützt es diesen Hauptschulklassen, dass die durchschnittliche Klassenfrequenz auf 18,6 abgesunken ist?

Die entscheidende Kennziffer ist die Klassenobergrenze. Die reale Klassengröße ist ein entscheidendes Maß für die Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer und die Lernmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler. Eine alte Forderung der GEW für die Klassenobergrenzen lautet: 20 für Grundschulen und Hauptschulen, 25 für Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen.

Die GEW fordert die Landesregierung daher auf, einen Stufenplan aufzustellen, in dem festgelegt wird, wie die Klassenobergrenzen verkleinert werden. Bestandteil dieses Planes muss die Bereitstellung der erforderlichen zusätzlichen Stellen sein. Wir nehmen die Landesregierung beim Wort. Sie hat in der Koalitionsvereinbarung einen Stufenplan zur Verringerung der Klassenfrequenzen angekündigt.



### Nachklapp und Fazit:

Wo bleiben die Lehrerstunden bei der verbesserten Schüler-Lehrer-Relation? Die höhere Abiturquote, der ansteigende Übergang zum Gymnasiums (2008: 42,1%; 2007: 44%; 2002: 32%; 1995: 30,3%), die sprachliche Frühförderung, die regionalen Integrationskonzepte und die steigende Zahl von Ganztagschulen sind gesellschaftlicher Konsens und erfordern zusätzliches Personal. Die Regierung will sehr kleine Hauptschulen aufrecht erhalten (0 – unter 2 Züge in den Eingangsklassen: 2007: 65,2%; 2002: 21,%; 1995: 26,1%). Das ist teuer. Veränderte Anforderungen an Berufsschulen (vollzeitschulische Berufsausbildung, Warteschleifenfunktion) verursachen erhebliche Personalkosten.

Die GEW fordert ein Ende des Personalabbaus und 3.000 zusätzliche Stellen. Immerhin hat der Landtag im Oktoberplenum beschlossen, dass der laut mittelfristiger Finanzplanung vorgesehene Personalabbau gestoppt wurde. Damit werden 2.000 Stellen erhalten. Außerdem wurden 500 zusätzliche Stellen eingerichtet. Ein Schritt in die richtige Richtung. Zu einer wirklichen Verbesserung reicht er nicht. Es lohnt sich, am Ball zu bleiben, damit beide Faktoren der Arbeitsbelastung reduziert werden: Klassengrößen und Unterrichtsverpflichtung in allen Schulformen.

### Der Witz zum Schluss

Frau Heister-Neumann belegt ihre Behauptung, die Mehrheit der Eltern sei nicht an Gesamtschulen interessiert mit der unveränderten IGS-Quote von 5%. Die Regierung hat zum Schuljahr 2008 keine neuen Gesamtschulen genehmigt. Wie konnten sie da ihre Quote steigern? Die Ministerin verschweigt, dass die vorhandenen IGSen mehr SchülerInnen ablehnen mussten als sie aufnehmen konnten. Übrigens: die Quote von IGS und KGS zusammen gerechnet beträgt 12%. Und bei der Elternumfrage in Hannover haben 45% der Eltern für die IGS gestimmt. Die Stadt will drei zusätzliche IGSen einrichten.

EBERHARD BRANDT